



### Liebe Leserinnen und Leser,

wie sicherlich jede und jeder von Ihnen bin ich fassungslos ob der brutalen Attentate in Paris am Freitagabend. Ohnmächtig müssen wir zusehen, wie das Land mit den höchsten Sicherheitsstandards in ganz Europa Opfer fanatisierter und ideologisch verblendeter Mörder wurde. Bei aller Schärfe, mit der die Diskussion über die Hintergründe und die Bekämpfung vorgeblich religiös motivierter Gewalt nun auch hierzulande geführt wird, mahne ich zu zwei Dingen: Sachlichkeit und Wachsamkeit. Die Registrierung der Flüchtlinge – und zwar aller neu ankommenden und bereits hier untergekommenen – hat nun allerhöchste Priorität. Es darf keine Unklarheiten darüber geben, wer sich in unserem Land aufhält. Ich weiß wohl, dass nicht wenige der Flüchtlinge untergetaucht oder bei Verwandten Unterschlupf gefunden haben. Es bleibt daher ein Restrisiko. Dieses bestand aber durch sogenannte Schläfer auch schon vor der Zunahme der Flüchtlingszahlen. Umso wichtiger ist es, dass wir im neuen Bundeshaushalt 475 zusätzliche Stellen für BND und das Bundesamt für Verfassungsschutz schaffen. Denn eines ist klar: an den Sicherheitsdiensten darf nicht gespart werden. Doch wichtig ist mir auch dies: Die Flüchtlinge, die zu uns kommen, sind nicht etwa Teil des Terrorismus-Problems; viele von ihnen sind vielmehr selbst vor den IS-Terroristen in Syrien oder der Irak aus ihren Heimatländern geflohen. Dies sollten wir nicht vergessen, wenn jetzt mancher den Terror in Paris mit dem Flüchtlingszuzug nach Deutschland in Verbindung bringt – und deshalb vor den steigenden Terrorgefahren warnt. Nein: es braucht jetzt endlich ein konzertiertes Vorgehen der Weltgemeinschaft gegen diese barbarischen Verbrecher. Ich hatte bereits im Sommer kritisch angemerkt, dass wir es nicht dabei bewenden lassen dürfen, die kurdischen Peshmerga im Kampf gegen den IS zu unterstützen und das Ganze im Übrigen von außen zu beobachten. Paris muss der Auslöser sein für ein kompromissloses gemeinsames Vorgehen im Nahen Osten. Jetzt – und nicht später.

In diesem Sinne grüßt Sie ebenso herzlich wie nachdenklich

Ihr

### Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494  
Fax: 030/227-76228  
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:  
stefan.kaufmann@bundestag.de

## Trauer um Altkanzler Helmut Schmidt

**Hamburg/Berlin** – Von 1974 bis 1982 war Helmut Schmidt Bundeskanzler und führte die Bundesrepublik durch den schwierigen „Deutschen Herbst“. Zuvor hatte er sich während der Sturmflut 1962 als entschlossen handelnder Hamburger Innensenator bundesweit großes Ansehen erworben, das er als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Bundesminister noch mehrte. Am vergangenen Dienstag, 10. November, ist Helmut Schmidt im Alter von 96 Jahren in seinem Haus in Hamburg-Langenhorn gestorben. In unserer Fraktionssitzung am Dienstagabend haben wir seiner gedacht. Unser Vorsitzender Volker Kauder sagte: „Der Tod von Helmut Schmidt erfüllt uns vor einem großen Staatsmann.“ Helmut Schmidt sei der letzte Bundeskanzler gewesen, der den Zweiten Weltkrieg als Soldat miterlebt habe. Diese Erfahrung sei Motivation für ihn gewesen, unserem Land zu dienen. Bundeskanzlerin Angela Merkel

würdigte Helmut Schmidt als politische Institution: „Er war für mich eine Instanz – einer, dessen



Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt ist am 10. November 2015 verstorben. © Bundesregierung/Bergmann

Rat und Urteil mir etwas bedeuteten.“ Helmut Schmidt habe sich um Deutschland verdient gemacht. Aus Anlass des Todes von Helmut Schmidt wehten die Flaggen des Bundestages am Mittwoch und Donnerstag auf Halbmast. Zu Beginn unserer Plenarsitzung am Donnerstag haben wir Helmut Schmidt mit einer Schweigeminute gewürdigt. Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte: „Helmut Schmidt war Politiker, Publizist und – Patriot.“ Als Parlamentarier – Schmidt gehörte dem Bundestag mehr als drei Jahrzehnte an –, Bundesminister und vor

allem als Bundeskanzler habe er sich auf herausragende Weise um Deutschland verdient gemacht. „Wir verneigen uns vor einem der bedeutendsten politischen und intellektuellen Köpfe unseres Landes.“ Bundespräsident Joachim Gauck würdigte Schmidt bereits am Tag seines Todes als großen Staatsmann, „einen Menschen, der so vieles für uns war: Politiker und Publizist, Macher und Mahner, vor allem aber ein Demokrat; ein Mann, der wusste, dass Freiheit auch Verantwortung bedeutet, und der sich dieser Verantwortung stellte.“ Zum Gedenken an Helmut Schmidt ordnete er einen Trauerstaatsakt an.



Auch ich habe mich in das Kondolenzbuch eingetragen, das im Bundestag auslag, um mich vom politischen Idol meiner Jugend zu verabschieden.

## 60 Jahre Bundeswehr – Großer Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude



Großer Zapfenstreich auf dem Platz der Republik vor dem Reichstagsgebäude © Deutscher Bundestag / Achim Melde

**Berlin** – Mit einem Großen Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude hat die Bundeswehr am Mittwochabend, 11. November, ihr 60-jähriges Bestehen gefeiert.

Am 12. November 1965 überreichte der damalige Bundesverteidigungsminister Theodor Blank den ersten 101 Freiwilligen ihre Ernennungsurkunden. Dieser „Geburtstag“ sowie 25 Jahre „Armee der Einheit“ wurden am

Vorabend des Jubiläums mit der höchsten Form der militärischen Ehrenbezeugung, dem Großen Zapfenstreich, gewürdigt. Mehr als 500 Soldaten nahmen daran

vor rund 2.500 Gästen auf dem Platz der Republik teil – darunter Bundespräsident Joachim Gauck und Vertreter der Verfassungsorgane. Bundestagspräsident Norbert Lammert sagte zum Auftakt, die Bundeswehr diene Deutschland und unserer demokratischen Ordnung seit 60 Jahren in vorbildlicher Weise. Das Ziel des damaligen Ministers Blank, mit den neuen Streitkräften „aus den Trümmern des Alten wirklich etwas Neues wachsen zu lassen“, sei eindrucksvoll erreicht worden. Mit Blick auf die Rolle der Bundeswehr [...]

## Brief aus Berlin



[...] als Parlamentsarmee sagte der Bundestagspräsident, der Begriff sei „mehr als eine Floskel“. Das Parlament könne sich auf die Bundeswehr und die Soldatinnen und Soldaten auf ihr Parlament verlassen. Weltweit gebe es kein zweites Beispiel, in dem die Verankerung im demokratischen Staat in einer solchen Weise festgeschrieben und legitimiert sei. Das Selbstverständnis der Bundeswehr als Parlamentsarmee betonte als symbolische Geste auch ein Spalier aus fackeltragenden Soldaten,

die den Weg vom Platz der Republik zum Parlament markierten. „Die Bundeswehr hat das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt“, bilanzierte Bundesverteidigungsministerin Ursula von Leyen in ihrer Rede. Sie erinnerte an Altkanzler Helmut Schmidt, den ersten sozialdemokratischen Bundesverteidigungsminister, der stets aus ganzem Herzen zur Bundeswehr gestanden habe. Er war am Tag zuvor verstorben. Auf Halbmast wehten deshalb die Flaggen beim Großen Zapfenstreich. „Die Angehörigen

der Bundeswehr verneigen sich vor dem großen Menschen Helmut Schmidt“, sagte Bundesministerin von der Leyen. In einer Debatte am Donnerstagvormittag, 12. November, würdigte der Bundestag das 60-jährige Jubiläum der Bundeswehr. Dabei legten mit Ausnahme der Linken alle Fraktionen ein deutliches Bekenntnis zu den Streitkräften ab. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Henning Otte bezeichnete die Entwicklung der Bundeswehr als „Erfolgsgeschichte“. Sie sei

innerhalb der NATO zu einem unverzichtbaren Partner geworden. Schwierig fand ich in der Aussprache den Beitrag der Linken. Deren Vertreter Wolfgang Gehrke bezeichnete die Bundeswehr und auch die NATO als überflüssig. Er habe 55 Jahre lang gegen die Bundeswehr gekämpft und werde dies auch weiterhin tun. Dem gilt es ganz klar und entschieden entgegenzutreten!

Die Wissenschaftlichen Dienste haben die Geschichte der Parlamentsarmee hier kurz zusammengefasst: <http://bit.ly/1O5kekq>

## Asyl- und Flüchtlingspolitik – Familiennachzug begrenzen, Fluchtursachen bekämpfen

Berlin – Die Asyl- und Flüchtlingsfrage bleibt das zentrale Thema – sowohl bei meinen zahlreichen Gesprächen in Stuttgart als auch im politischen Berlin.

So haben sich in der vergangenen Plenarwoche zunächst Bundesvorstand und Präsidium der CDU im Berliner Konrad-Adenauer-Haus zum Thema getroffen. Generalsekretär Peter Tauber machte im Ergebnis der Sitzungen deutlich, dass es unser Ziel als Union bleibt, die

Fluchtbewegungen zu ordnen und zu steuern, Menschen in Not zu helfen und die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren. Insbesondere die Frage des Familiennachzugs wollen wir in der Koalition und mit den Innenministern der Bundesländer lösungsorientiert diskutieren. Die von den Vorsitzenden der Koalitionsparteien vereinbarten Maßnahmen (siehe Brief aus Berlin 19/2015) wollen

wir rasch in Regierung und Parlament umsetzen. Zur Frage des Familiennachzugs hatte ich mich am Montag auch in einem Radio-Interview mit SWR4 Stuttgart

geäußert und mich hinter den Vorschlag von Bundesinnenminister Thomas de Maizière gestellt. In der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag am Dienstagmittag haben wir die aktuelle Lage einmal mehr intensiv und offen miteinander diskutiert. Da-

bei haben die Kolleginnen und Kollegen wieder ihre konkreten Eindrücke und Erlebnisse aus den Wahlkreisen geschildert. Wir waren uns einig, dass es bei unseren zentralen Zielen bleibt: wer in Not ist und deshalb ein Bleiberecht bei uns hat, um den kümmern wir uns. Alle anderen müssen unser Land wieder verlassen. Beim Thema Familiennachzug haben wir mit unserem Koalitionspartner

verabredet, dass der Nachzug für Antragsteller mit subsidiärem Schutz für zwei Jahre ausgesetzt werden soll. Über den genauen Personenkreis müssen nun die Innenminister von Bund und Ländern beraten. Hier wollen wir schnellstens Ergebnisse. Zu Gast hatten wir in unserer Sitzung den Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Frank-Jürgen Weise, der in Personalunion auch Vorsitzender des Vorstandes der Bundesagentur für Arbeit ist. Mit ihm haben wir unter anderem darüber gesprochen, was bei den Abläufen noch getan werden kann, um schnellere Entscheidungen zu erreichen. Ein weiteres Thema war die Frage, wie bleibeberechtigte Flüchtlinge rasch in Ausbildung und Arbeit gebracht werden können. Überdies haben wir in unserer Sitzung über die Bekämpfung der Fluchtursachen gesprochen, insbesondere mit unseren Entwicklungs- und Außenpolitikern. Im Ergebnis haben wir ein Positionspapier verabschiedet, in dem beschrieben wird, was Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft tun können, um den Menschen eine lebenswerte Zukunft in ihrer Hei-

mat zu eröffnen. Mit dem Thema Familiennachzug bei syrischen Flüchtlingen haben wir uns dann auch am Mittwochnachmittag, 11. November, in einer Aktuellen Stunde im Bundestag befasst. Bundesinnenminister Thomas de Maizière machte deutlich, dass wir „unsere hohen Flüchtlingszahlen nicht durch Familiennachzug verdoppeln oder verdreifachen“ können. Auch der CDU-Landesvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thomas Strobl betonte: „Wir müssen den Familiennachzug begrenzen.“ Durch das im November 2014 eingeführte beschleunigte Verfahren wird Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien pauschal Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention gewährt. So können die Behörden auf eine individuelle Anhörung verzichten. Üblicherweise wird Bürgerkriegsflüchtlingen subsidiärer Schutz gewährt, da sie nicht individuell in ihrer Heimat verfolgt werden. Das beschleunigte Verfahren für syrische Flüchtlinge habe sich laut Bundesinnenminister als zu grobschichtig erwiesen. So beruhe die Erfassung der Staatsangehörigkeit oft nur auf den Angaben der [...]



Das Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag „Fluchtursachen bekämpfen“ gibt es zum Download unter: <http://bit.ly/1PDJPIY>

## Brief aus Berlin

CDU

[...] Schutzsuchenden. Dabei behaupteten viele, „Syrier zu sein, obwohl sie keine Syrier sind“. Deshalb habe er sich für die Rückkehr zur Einzelfallprüfung entschieden. Da es in dieser Frage Gesprächsbedarf in der Koalition gebe, habe er seine Entscheidung „nicht vollzogen“. Vielmehr werde man die Frage nun im Kreis der Innenministerkonferenz beraten. Hier gilt es nun rasch zu einem

Ergebnis zu kommen. Deutlich wird auch, dass wir für die Anhö-rungen schnellere Verfahren benötigen. Hierzu hat Frank-Jürgen Weise in der Fraktionssitzung überzeugend dargestellt, dass daran mit vollem Einsatz gearbeitet wird. Bei aller nachvollziehbaren Kritik an den Debatten in der Flüchtlingsfrage und gerade auch an der Union scheint mir eine Feststellung wichtig: die Im-

pulse für Lösungen kommen aus den Reihen von CDU und CSU. Selbstverständlich kann man sie kritisieren, für nicht weitreichend genug oder für zu hart halten. Vonseiten der politischen Mitbewerber vernimmt man hingegen außer Kritik kaum tatsächlich umsetzbare Lösungsvorschläge – doch genau diese werden gebraucht, und zwar national wie auf europäischer Ebene. An die-

sen Lösungen arbeitet die Regierung mit Nachdruck. Das ist in der vergangenen Sitzungswoche deutlich geworden und das ist bei allen durchaus schwierigen und unerfreulichen Nachrichten dann doch ermutigend.



## Industrie 4.0: Hightech-Standort Deutschland voranbringen

**Berlin** – In der vergangenen Woche haben wir zusammen mit der SPD unseren parlamentarischen Antrag zur Industrie 4.0 in den Bundestag eingebracht. Industrie 4.0 – das heißt die Verschmelzung von IT und (klassischer) Industrie – ist ein zentrales Thema für die deutsche Wirtschaft. In Deutschland werden über 20 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung durch die Industrie erbracht – Länder

wie Frankreich haben nur eine Quote von rund 10 Prozent. Damit ist Deutschland das industrielle Kraftzentrum für Europas Wohlstand. Auf der anderen Seite sind wir aber auch besonders auf die Industrie angewiesen. Nur wenn wir den Sprung von der klassischen Industrie in die digitalisierte Industrie schaffen, können wir weiter unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Hier sind

in erster Linie die Unternehmen selbst gefragt. Der Staat hat den Auftrag, bei dieser Aufgabe zu unterstützen und die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Dafür hat die Bundesregierung bislang Mittel in Höhe von 200 Mio. Euro zugesagt. Unter anderem fordern wir die Bundesregierung in unserem Antrag auf, den flächen-deckenden Breitbandausbau in Deutschland als Grundvorausset-

zung für die Digitalisierung zügig voranzutreiben und dabei an den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft, insbesondere auch des Mittelstandes auszurichten. Darüber hinaus soll eine Initiative zur Förderung der Digitalisierung in der beruflichen Ausbildung gestartet werden. Diese und die weiteren Forderungen können Sie im Detail in unserem Antrag nachlesen: <http://bit.ly/1H0e1GJ>

## FC Kantonsrat St. Gallen gegen SG Stern Stuttgart



Mit Kantonsrat Bischofberger (rechts) und SG-Spielführer Fischer.

**Stuttgart** – Zu seiner Saisonabschlussreise kam der FC Kantonsrat unter der Führung von Felix Bischofberger, Kantonrat der CVP und Kapitän der Mannschaft, aus dem schweizerischen St. Gallen am Samstag, 7. November, in die Landeshauptstadt. Nachdem der Landtag von Baden-Württemberg keine Mannschaft für ein Spiel aufbieten konnte, habe ich die Fußballmannschaft der SG Stern, die

Sportgemeinschaft der Mitarbeiter der Daimler AG, vermitteln können. So kam es auf der Sportanlage der Mercedes-Benz Arena zu einem intensiven, fair und engagiert geführten Spiel, das die Schweizer mit 1:0 für sich entschieden.

Zur „dritten Halbzeit“, einem gemeinsamen Mittagessen im Sportrestaurant im Neckarpark, stieß auch ich hinzu. Dort wurde u.a. deutlich: die SG Stern möchte eine Revanche in der Schweiz. Ich drücke den Stuttgartern die Daumen für einen Auswärtssieg und freue mich, dass am vorletzten Samstag Tag neue deutsch-schweizerische Freundschaften geschlossen wurden!

## Eröffnung Eiswelt Stuttgart

**Stuttgart** – Trotz sommerlicher Temperaturen war ich am vorletzten Wochenende zusammen mit Stadtrat Dr. Markus Reiners und Bezirksbeirätin Nicole Reiners auf einer tollen Gala zur Eröffnung der Eiswelt Stuttgart auf der Waldau. Bis zum 27. März 2016 bietet die städtische Einrichtung

wieder Eislaufspaß für alle. Auf den beiden präparierten Eisflächen in den beheizten Hallen finden dann wieder die Publikumsläufe, drei Eisdiscos pro Woche sowie Breiten- und Spitzensportveranstaltungen statt. Weitere Informationen gibt es im Internet unter [www.eiswelt-stuttgart.de](http://www.eiswelt-stuttgart.de)

## Traditioneller Martini-Markt in Sillenbuch



**Stuttgart** – Am vorletzten Sonntag haben ich gemeinsam mit unserer Landtagskandidatin Stefanie Schorn und weiteren Vertretern der Bezirksgruppe an der Eröffnung des traditionellen Martini-Marktes

auf der „Sillenbacher Meile“ (Kirchheimer Straße) teilgenommen. Der Markt war wieder mit einem verkaufsoffenen Sonntag verbunden, an dem zahlreiche Geschäfte nachmittags ihre Pforten geöffnet haben. Und zum Abschluss gab es einen Martinsritt mit Laternenzug. Auf dem Bild sind neben mir auch Meilen-Sprecher Salvatore Ciminnisi (Mitte) und Landtagskandidatin Stefanie Schorn zu sehen.